



Konrad
Adenauer
Stiftung

Europäische Grundsatzreden von 1946 bis 2006

Konrad Adenauer

„Eine Hoffnung ist uns gekommen – die Europäische Union“

Eröffnungsrede auf dem 2. Parteitag der CDU der
Britischen Zone

Recklinghausen, 28. August 1948



[...] In vielen europäischen Ländern sind Parteien tätig, die auf christlichem Boden stehen, vom christlichen Boden aus ihre Politik treiben. Das gilt von Holland, Belgien, Luxemburg, der Schweiz, Frankreich, Italien. Auch in den Vereinigten Staaten werden sehr wichtige Stimmen laut - so jetzt die von Foster Dulles, der voraussichtlich in der amerikanischen Außenpolitik schon bald eine entscheidende Rolle spielen wird, auf der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz - daß nur die Wahrung der christlichen Grundsätze in der Politik einen Wiederaufbau der Welt ermöglicht. Ich glaube, daß die Verbindungen, die wir mit den christlichen Parteien dieser Länder haben und von denen wir mit Freuden als Gleichberechtigte bei den Zusammenkünften, die stattgefunden haben, aufgenommen worden sind, nicht intensiv genug gestaltet werden können; denn nur, wenn alle Kräfte, die auf dem gleichen Boden stehen wie wir, wenn alle politischen Kräfte in ganz Europa sich zusammentun, wird es möglich sein, nicht nur Deutschland, sondern Europa überhaupt zu retten.

Man muß in dieser Zeit die Politik - die Innen- und Außenpolitik - in ihren großen Zusammenhängen sehen. Dann sehen wir, was ich schon angedeutet habe, daß auf der einen Seite die ungeheure Macht Asiens steht, repräsentiert durch Rußland und seine Satellitenstaaten, gestärkt durch die Vorhuten der kommunistischen Parteien, in den verschiedenen Ländern der Welt, diese ungeheure Macht, die von ganz anderem Geiste und von ganz anderer Denkungsart ist als wir abendländischen Europäer. In dem Sinne gehört ja auch Süd- und Nordamerika zum europäischen, abendländischen Geist, so daß sich in Wahrheit über die ganze Erde herüber zwei große Fronten gebildet haben oder noch in der Bildung begriffen sind. Europa spielt trotz seiner Kleinheit, trotz seiner militärischen Schwäche eine ganz große Rolle in diesem Kampf, weil gerade in Europa der Hort und die Quelle des christlich-abendländischen Geistes ist, denn letzten Endes handelt es sich um geistige Auseinandersetzungen größten Ausmaßes.

Wie sieht es jetzt in Europa aus? Wenn Sie einmal zurückdenken an die Zeit vor 45 Jahren und sich klarmachen, was damals Europa war, als Deutschland die mächtigste Landmacht in Europa war, als Frankreich und Italien eine Großmacht waren, als England die größte Seemacht war, deren Flotte größer war als die beiden nächstgrößten



Flotten zusammengenommen, als die Vereinigten Staaten noch ein Schuldnerland waren, als mit Österreich-Ungarn der ganze Balkan, die Balkanstaaten mit Westeuropa verbunden waren, als in Rußland selbst noch nicht ausschließlich der asiatische Teil herrschte, sondern der westrussische Teil Einfluß hatte - und wenn Sie dann das heutige Europa sehen, dann erkennen Sie den erschütternden Abstieg. Eine Hoffnung ist uns neu gekommen für Europa, und das ist der Gedanke an die Europäische Union, an das Vereinigte Europa. Der Gedanke ist nicht neu, er ist schon ausgesprochen worden vor 100 Jahren, und schon nach dem Weltkrieg 1914/18 hat die Paneuropäische Bewegung unter Coudenhove-Kalergi auch versucht, Anhänger zu werben. Aber damals galt dieser Gedanke noch mehr oder weniger als eine Utopie. Dann hat Churchill in der bekannten Rede in Zürich den Gedanken vor die Weltöffentlichkeit gebracht; im Mai dieses Jahres war der Haager Kongreß für das Vereinigte Europa, auf dem sehr namhafte Politiker der meisten europäischen Länder anwesend waren, die aber damals doch noch nicht von den Regierungen selbst geschickt waren. Insbesondere hatte die britische Regierung damals Abstand genommen von diesem Kongreß und sogar vor seinem Besuch gewarnt. Immerhin, dieser Kongreß hat stattgefunden, er hat Beschlüsse gefaßt. Diese Beschlüsse sind auch, ich glaube, von 200 Abgeordneten des britischen Unterhauses der britischen Regierung unterbreitet worden, und diese hat sich dann zustimmend dazu geäußert.

Jetzt scheint die Angelegenheit einen ganz mächtigen Sprung in ihrer Entwicklung vorwärts zu machen dadurch, daß die französische Regierung offiziell an eine Reihe von europäischen Staaten, insbesondere auch an Großbritannien, das Ersuchen gerichtet hat, eine Kommission zu beschicken, um ein Europäisches Parlament vorzubereiten. Dieser Beschluß der französischen Regierung scheint in Wahrheit eines der wesentlichsten historischen Ereignisse der Jahre nach Kriegsende zu sein. Dieser Beschluß ist zurückzuführen oder steht im Einklang mit einem Beschluß des Ausschusses der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten. Es handelt sich also bei diesem Akt der französischen Regierung um einen Akt, der mehr ist als ein Akt der jetzigen französischen Regierung. Sie wissen, daß man in Großbritannien diesem Antrag gegenüber eine etwas abwartende Stellung eingenommen hat. Man hat dort erklärt, daß man



zunächst mit den Regierungen der übrigen Teile des britischen Empires Fühlung nehmen müsse. Das ist durchaus verständlich. Um so erfreulicher ist es, daß die australische Regierung ohne vorherige Fühlungnahme der Weltöffentlichkeit mitgeteilt hat, daß sie den Gedanken außerordentlich begrüßt. Nicht so recht verständlich ist es meines Erachtens, wenn in London, ich weiß nicht von wem, aber immerhin von beachtlichen Stellen, erklärt wird, es schwebten jetzt so viel wichtige Dinge, daß man keine Zeit habe für diese Frage. Das würde meines Erachtens eine völlige Verkennung der weltpolitischen Lage bedeuten. Nach meiner Auffassung ist das Schicksal Englands mit dem Schicksal Westeuropas absolut verbunden. Die Zeiten, in denen England eine außereuropäische Macht war, sind meines Erachtens vorüber. Wenn Westeuropa sich nicht zusammenschließt und sich nicht wirtschaftlich und politisch erholt, dann wird auch England darunter leiden. Daher glaube ich, daß die Frage der Förderung des Gedankens des Zusammenschlusses Europas auch eine eminent englische Angelegenheit ist und hoffentlich von der englischen Öffentlichkeit auch als solche erkannt und gefördert wird.

Gestern hat die Regierung der Vereinigten Staaten zu der Frage Stellung genommen und in der nachdrücklichsten Weise verlangt, daß Europa auf diesem Wege fortschreite. Diese Stellungnahme der amerikanischen Regierung ist außerordentlich zu begrüßen, denn bei dem großen politischen und wirtschaftlichen Einfluß, den die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben, dürfen wir wohl hoffen, daß dieser Appell der amerikanischen Regierung auch bei denjenigen europäischen Ländern, die sich anscheinend noch etwas zögernd verhalten, antreibend und fördernd wirkt. Wir dürfen also hoffen, daß der Gedanke des Zusammenschlusses Europas in einer Weise marschiert, wie es vor Jahresfrist niemand für möglich gehalten hätte. Damit haben wir wieder eine Hoffnung für Europa und auch für Deutschland, für unser eigenes Vaterland, denn ein Zusammenschluß Europas ohne Deutschland, jedenfalls ohne die drei westlichen Zonen Deutschlands, würde nichts bedeuten. Ohne Deutschland ist ein solcher Zusammenschluß nichts. Deswegen liegt vielleicht in dieser Manifestation der französischen Regierung - ich wiederhole „vielleicht“, man muß sich da mit allem Vorbehalt ausdrücken - ein Wechsel in der Auffassung über die Sicherheit Frankreichs. Es gab und es



gibt weite Kreise in Frankreich, die glauben, Frankreichs Sicherheit liege darin, daß der Zustand, wie er jetzt in Deutschland herrscht, oder wie er bis vor kurzem herrschte - nämlich Zerstückelung und Lethargie - möglichst lange konserviert werde. Das ist eine absolut falsche Auffassung, eine Auffassung, die übersieht, daß ein solcher Zustand auch letzten Endes den Untergang Frankreichs herbeiführen würde. Es hat den Anschein, als ob Frankreich jetzt die Gewährleistung seiner Sicherheit in diesem Zusammenschluß Europas sieht. Wenn das der Fall ist, dann würde das eine grundlegende Änderung in dem Verhältnis von Frankreich zu Deutschland zur Folge haben müssen. Eine Änderung, die wir sowohl als Deutsche wie als Europäer nur von Herzen begrüßen und fördern können. Ich für meine Person - und ich weiß, daß ich mit vielen von Ihnen darin übereinstimme - erblicke in der Herstellung eines dauernden, guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn, den Beneluxstaaten und Frankreich, die erste und vornehmste Aufgabe einer kommenden deutschen Außenpolitik.

Das Interesse der Vereinigten Staaten an den europäischen Dingen in seiner jetzigen Stärke und Intensität wird eines Tages nachlassen, wenn der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland nachlassen wird, und der wird eines Tages so oder so doch nachlassen. Aber Frankreich, die Beneluxstaaten und Deutschland werden Nachbarn bleiben in Europa, solange Menschen hier in Europa leben werden. Die Zukunft Europas und all dieser Länder, unser eigenes Land eingeschlossen, hängt davon ab, daß dieses Verhältnis auf die Dauer beruhigt und geordnet wird. Wenn daher in Frankreich eine solche Änderung des Standpunktes sich vorbereiten und zeigen würde, so würde das im Interesse Europas und des Weltfriedens auf das höchste zu begrüßen sein. Wir Deutsche müssen alles tun, damit dieses Verhältnis wirklich zu einer dauernden und tiefgehenden Verständigung wird. [...]